

Widerspruch gegen die lebensrettende Feuerbestattung von den Wehrheilten nicht erhoben werden wird. Nach den vorliegenden Erhebungen entbehren mit Einschluß von Württemberg in Deutschland nicht drei, sondern zehn Staaten der Regelung der Feuerbestattung. Im übrigen wird in Bayern niemand gehindert, die Einführung seiner Reihe anzugeben. Nur der Vollzug einer solchen Anordnung wird durch den Mangel bayerischer Feuerbestattungsanlagen etwas erschwert.

\* Die neue preußische Wahlrechtsvorlage. Zu der Bekanntgabe eines sozialdemokratischen Blattes, daß eine neue preußische Wahlrechtsvorlage in mehreren Entwürfen den Landräten zugegangen sei, wird von parlamentarischer Seite folgendes mitgeteilt: Nach dem bisherigen Stande der Dinge ist die Nachricht nicht zuverlässig, da die Angelegenheit sich noch nicht in dem Stadium der Entwicklung befindet. Auch die Mitteilung des Blattes, daß der Entwurf dem Landtage in seiner nächsten Sesson unterbreitet werden soll, trifft nicht zu, denn es können bisher noch keine Schlußmündungen getroffen werden, ob und wann der Entwurf dem Landtage zu gehen wird.

\* Das Oberverwaltungsgericht über das Steuerprivileg der Beamten. Wie mitgeteilt wird, hat das Oberverwaltungsgericht vor kurzer Zeit eine bedeutende Entscheidung über das Steuerprivilegium der Beamten gefüllt. Es stellt nämlich fest, daß sich das Beamtenprivilegium nur auf direkte Gemeindeabgaben, nicht aber auf

direkte Gemeindeabgaben, nicht aber auf indirekte oder auf Gebühren beziehe. Eine Stadt oder eine Gemeinde habe nicht einmal das Recht, bei ihren Beamten auf die Erhebung von Gebühren durch Privatvertrag zu verpflichten.

\* Änderung der Gebührenordnung der Rechtsanwälte. Vor einiger Zeit wurden die Präsidenten der Oberlandesgerichte in den einzelnen Bundesstaaten zu gesetzlichen Neuerungen über eine Änderung der Gebührenordnung der Rechtsanwälte von dem zuständigen Reichstreich aufgefordert. Wie wir hören, sind diese Gutachten nunmehr sämtlich im Reichsjustizamt eingegangen. Sie befallen sich nicht nur mit Vorschlägen über eine eventuelle Abänderung des § 9 der Gebührenordnung für Rechtsanwälte, sondern auch auf die Gebühren, die sich auf Strafsachen beziehen. Nach Sichtung des vorliegenden Materials werden demnächst kommissarische Beratungen über die Materie zwischen den einzelnen Ressorts stattfinden, um festzustellen, in welcher Richtung sich die Revision der Gebühren zu bewegen hat. Wenn fürstlich gemeldet wurde, daß die Reichsregierung sich bereits dahin schlußig gemacht habe, die Erhöhung der Gebühren auf eine der drei Klassen des Tarifs (untere, mittlere und obere) zu

\* Bildung von Kreisverein zu Bekämpfung der Tuberkulose. Von Seiten der Kreisverwaltungen wird neuerdings die Bekämpfung der Tuberkulose dadurch in die Wege geleitet, daß sich die Bevölkerung innerhalb eines Kreises zu einem Verein zur Tuberkulosebekämpfung zusammensticht. Diese Maßnahmen gehen von der Erwägung aus, daß die mangelhaften Kenntnisse der Bevölkerung über das Wesen der Krankheit und die rücksichtigen hygienischen Verhältnisse die Ansteckungen sehr wesentlich fördern. Aus diesem Grunde ist es im ersten Linie erforderlich, die Bevölkerung über die Gefährlichkeit der Tuberkulose, die Art der Verbreitung des Keibens und die Maßnahmen zur Abwehr der Ansteckung aufzuklären. Weiter kommt es darauf an, diese Maßnahmen in der Volksküche, Reinlichkeit, zweimäßigen Ernährung und Bekämpfung des übermäßigen Alkoholgenusses durchzuführen. Es sind ferner Beratungsstellen für Tuberkulosekranke und Lungengebschäden zu beten Unterbringung einzurichten. Um auch den Unbehilflichen die Mitwirkung bei dieser sozialen Maßnahme zu ermöglichen, sind die Beiträge möglichst niedrig gehalten. Als erstes Ziel ist die Einrichtung von Wabberholungsstätten mit möglichst niedrigen Pflegesätzen.

## Berliner Kurse vom 9. November.

Ergänzung zu unserer Kurssetzung vom 8. November.

in Aussicht genommen. In denjenigen Kreisen, wo eine allgemeine Beteiligung an dieser Vereinsbildung erreicht wird, ist auch auf Beihilfen vom selten der Kreise, einzelner Gemeinden, des Zentralomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose und der Landesversicherungsanstalten zu rechnen.

**\* Erhebungen über gesundheitsgeschädigende Folgen der Maschinenarbeit.** Wie mitgeteilt wird, haben im Auftrage des preußischen Ministeriums für Handel und Gewerbe Erhebungen darüber stattgefunden, inwieweit die fortwährende Entwicklung der Maschinenarbeit und die Verdünnung der Handarbeit die Verhältnisse in den Betrieben beeinflußt haben. Die Erhebungen ergaben, daß im allgemeinen der Erfolg der Handarbeit durch Maschinenarbeit eine wesentliche Verbesserung der Gesundheitsverhältnisse herbeigeführt hat. Zugleich wurde festgestellt, daß der Gewerbeaufsichtsdienst eine bedeutende Vermehrung erfuhr, denn im Jahre 1910 waren 366 Personen im Gewerbeaufsichtsdienst tätig. Bei den Regierungen waren nämlich 33 Gewerberäte mit 7 Hilfsarbeitern beschäftigt; in der Lokalverwaltung wurden 175 Gewerbeinspektoren mit 79 Hilfsarbeitern und 8 Hilfsarbeiterinnen gezählt. Fernerhin gehörten hierzu noch 15 Gewerbeassessoren und 49 Gewerbereservare.

\* Eine neue Unteroffiziersvorschule. Wie mitgeteilt wird, wird im Bezirke des 18. Armeecorps in Weilburg demnächst mit dem Bau einer neuen Unteroffiziersvorschule begonnen werden. Die Stadt Weilburg stellte den für den Bau notwendigen Bauplatz der Intendantur des 18. Armeecorps zur Verfügung.

\* Generalkonsul a. D. von Oerchen †. Der frühere deutsche Generalkonsul in Hante Gustav v. Oerchen ist im Alter von 75 Jahren gestorben. 1836 in Ritten-dorf geboren, trat er 1875 in den Dienst des Auswärtigen Amts und war zuerst als Konsul in Apia tätig. 1888 kam er als Konsul nach Serajewo und Ende 1894 von dort nach Habre, wo er bald darauf den Charakter als Generalkonsul erhielt. Zwölf Jahre blieb er auf diesem Posten und trat dann in den wohlverdienten Ruhestand.

\* **Mehr als 800 000 Zentner Kartoffeln**, zu deren Beförderung vom Osten her rund 4000 Güterwagen notwendig waren, haben die Eisenbahnvercine für ihre Mitglieder herangeschafft. Bei solchen Massentransporten, die tagelang unterwegs sind, kommt es vor, daß hier und da ein Posten nicht ganz einwandfrei eintrifft, dafür aber nicht den Vereinen ein Reiseverlager zur Verfügung, aus dem derartige Lücken ausgefüllt werden. Die Besteller waren zuweilen nicht ganz leicht zu bedienen, manche verlangten eine bestimmte Sorte, andere wieder Salat- und Tellerkartoffeln, doch konnte jolden Wünschen meist entsprochen werden. Auch das große Publikum dürfte dem Minister von Breitenbach für diese Anregung Dank wissen, denn das Vorgehen der Eisenbahner hat zweifellos regulierend auf die Kartoffelpreise eingewirkt.

\* Reichstagswahlvorbereitungen. Die Liberalen stellten im bayrischen Reichstagswahlkreis Wasserburg den Hauptlehrer Lorenz als Kandidaten auf. — Im Reichstagswahlkreis Guben-Lübben hat der konservative Kandidat Landrat v. Kunow, seine Kandidatur „aus Gesundheitsrücksichten“ zurückgezogen. Bekanntlich hat der nationalliberale Vertreter dieses Kreises, Prinz Schönisch-Carolath, vor kurzem sich endgültig für eine Wiederannahme der Kandidatur entschieden. — Das Zentrum wird in Kreisfeld voraussichtlich nicht den jetzigen Abgeordneten Dr. Pieper, sondern wahrscheinlich wieder den früheren Vertreter im Reichstag und Landtag, Justizrat Dr. Bachem aufstellen. — Im Reichstagswahlkreis Höchstädt-Homburg-Ulkingen stellten die Nationalliberalen den Förster Küller als Kandidaten auf. — Das Zentrum hat in Solingen den Chefredakteur Kraus einstimmig aufgestellt. — Im Reichs-

tagswahlkreis Gotha ist der national-liberale Kandidat Professor Dr. Krüger-Hannover zum gemeinsamen Vertreter aller bürgerlichen Parteien geworden. — Das Organ des „Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ macht darauf aufmerksam, daß von bürgerlicher Seite bisher nur drei Israeliten als Reichstagskandidaten aufgestellt worden seien: Dr. Preuß in Dessau; Dr. Ludwig Haas in Karlsruhe und Habichtsbesitzer Löwenthal in Briesig. — In Danzig-Land stellt das Zentrum den Arbeitertreiber Schümmer auf. — In Wiedenbrück stellen die Liberalen den Schriftsteller v. Staden auf. — Für den Reichstagswahlkreis Lublinitz-Tolk-Gleiwitz hat das Zentrum den Oberlandesgerichtsrat Stadtrat Walther Gleiwitz aufgestellt.

\* **Arbeiterversicherung und Armenwesen.** Die letzten Erhebungen über die seitens der Invalidenversicherungsanstalten an die Armentdirektionen erstatteten Summen haben ergeben, daß die Entlastung der Armenverwaltung infolge der Invalidenversicherung von Jahr zu Jahr fort schreitet. Die Landesversicherungsanstalt Berlin z. B. hat an die Berliner Armentdirektion im Jahre 1893 13 580 M., 1900 schon 45 700 M., fünf Jahre später 116 230 M. und im Jahre 1909 nicht weniger als 1,4 Millionen M. gezahlt. Ferner hat diese Landesversicherungsanstalt darüber Ermittlungen angestellt, wie viele von den Rentenempfängern und Rentenempfängerinnen noch außerdem die Armenpflege haben in Anspruch nehmen müssen. Das Ergebnis dieser Erhebungen ist folgendes: Von 15 800 männlichen Rentnern bezogen 2530 oder 16 v. H. und von 13 032 weiblichen 2643 oder 20,3 v. H. bare Armentunterstützungen. Erwähnt zu werden verdienen endlich noch in Verbindung hiermit die Neuerungen der Ortsvorsteher armer Kleinst

Die Verhältnisse der Düsseldorfer armer, kleinen Gemeinden, die voll des Lobes über die Wirkungen der Arbeiterversicherung sind, weil ihnen durch sie ein großer Teil der Armenlasten abgenommen werde.

# Ausland.

## ÖSTERREICH-Ungarn.

\* Der Revolteranschlag auf den Justizminister. Das ausfuehnerregende Revolterattentat, das am ersten Tage der Herbsttagung des Abgeordnetenhauses stattfand, wird Ende dieses Monats des Schurzgericht beschäftigen. Die Untersuchung gegen den aus Dalmatien augereisten Thürlergeheilten Nikolaus Riegen, der von der Zuhörertribüne aus seinem Revolver mehrere scharfe Schüsse auf die Ministerbank abfeuerete, ohne jemand zu treffen, ist bereits abgeschlossen. Es steht nur noch das Gutachten der Gerichts-Psychiatre aus, das aber in den nächsten Tagen erstattet werden wird. Riegen, der schon bei der Verhaftung gestand, daß er den Justizminister erschießen wollte, hält sein Geständnis aufrecht. Die Verhandlung wird nach den bisher geöffneten Anordnungen am 28. und 29. d. M. vor dem Schurzgericht durchgeführt werden.

\* Der Standort des B-Pulvers. Der Marine-  
ausschuss beschloß, von der Regierung den Bericht  
des Generals Saubert über die Pulverangelegen-  
heit zu verlangen. Es heißt, Kriegsminister Weßling  
dagegen erklärt, daß er diesen Bericht einer beson-  
deren parlamentarischen Unters-  
suchungskommission übergeben werde, die  
auch einzund allein für die Veröffent-  
lichung die Verantwortung zu tragen hätte.

\* Ein neuer Zwischenfall im Libja. General Loutte macht wieder von sich reden. Wie Pariser Zeitungen melden, ist es in Libja zu einem neuen Zwischenfall gekommen, der feineswegs geeignet ist, das Prestige des Generals zu heben. General Loutte hat zwei Gefangene, die wegen Ermor- dung eines Eingeborenen von der Eingeborenen-Polizei gefangen gehalten wurden, gewaltsam aus dem Gefängnis holen und in das Militärgefängnis verfrachten lassen. General Loutte soll von seiner untergeordneten Behörde bereits den Befehl erhalten haben, sich sofort nach Frankreich einzuschiffen. Er dürfte Sonnabend in Paris eintreffen.

\* Die Anarchisten in der Kriegsmarine. Der Breiter Anarchist Gourmelon, der wegen verdreherischer Anschläge auf die Bahnhofstraße bestellt - Paris verurteilt worden ist, hat unter den Arbeiterkollegen Kameraden, die ihn rächen wollen. In Bord des neuen Panzers "Jean Bart", dessen Ausrüstung zurzeit im Breiter Arsenal beendet wird, sind in den letzten Tagen dreimal fast sämtliche elektrische Lampen zerstochen und Leitungen zerstört worden. Jedesmal hatte dies eine viertelständige Unterbrechung der Arbeiten zur Folge. Die Entdeckung des Täters ist bisher nicht gelungen.

England

\* Empfang des englischen Königs-paares durch den  
Scheidiven. Aus Alegondrien wird gemeldet,  
daß der König und die Königin von England vom  
Scheidiven von Ägypten, der auf seiner Yacht  
"Starluja" im Roten Meer kreuzt, am 22. November  
v. Port Saïd offiziell empfangen werden.

gesammelten zum Rücktritt Balfours. Die Blätter, speziell die konserватiven Zeitungen, sprechen den unerwarteten Rücktritt Balfours in längeren Artikeln. Die "Morning Post" lautet einen Grund für den Rücktritt Balfours darin zu finden, daß nicht alle Mitglieder der konserватiven Partei mit Balfours Politik zufrieden waren und ihm wohl unverhohlen ihre Missetzung gezeigt haben werden, aus der Balfour dann auch die Konsequenzen gezogen hat. Jedenfalls, schreibt das Blatt weiter, wird man seine großen Leistungen, die er in dem Dienst der konserватiven Partei gestellt hat, nicht verleugnen können, und gern wird die Partei sich der Zeit erinnern, da Balfour an ihrer Spitze stand. "Daily Telegraph" schreibt: Balfours Laufbahn ist mit seinem Rücktritt von der Führung der konserватiven Partei wohl noch nicht beendet. Wir glauben, daß er noch einmal eine große Rolle im politischen Leben Englands spielen wird. "Daily News" nennt Balfour zum Vorwurf, daß er durch seinen Rücktritt England eines jüngsten Politikers bereut habe. Der "Morning Leader" glaubt, daß mit dem Rücktritt Balfours die konserватive Partei ihre Hauptstärke verloren, die sehr schwer zu erneuen sein wird. Auch der "Standard" bedauert den Rücktritt Balfours auf das lebhafteste, und zweift daran, daß die konserватive Partei jemals wieder einen solchen Führer an ihrer Spitze haben wird.

\* Die Regierungskrise in Persien. Der Ministerpräsident verständete im Parlament die Demission seines Regenvents und die Abdankung des ganzen persischen Kabinetts. Der Regent bat eine Deputation, die ihm bisher ohne Erfolg den Wunsch ausgedrückt hatte, die Regierungskraft doch weiter zu führen, die Fortführung der Staatsgeschäfte provisorisch zu übernehmen. Das Kabinett bat den Willen des Regenvents, aufzuhören. Als hauptsächliche Gründe für den Rücktritt des Regenvents werden angegeben, dass dieser er die russischen Drohungen wegen der osmanischen Forderungen auf den Besitzungen des Fürsten hoa el Sultaneh sehr ungebührlich ist und er sich mit der Politik des amerikanischen Finanzmannes Morgan Schuster, nicht einverstanden ist. Es liegt die Befürchtung, dass die Bactriaren, unter dem Regent seine Demission austreichen erhalten, die persische Hauptstadt verlassen werden.